

**Kleine Anfrage****Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG) nach dem „Einer für Alle“-Prinzip (EfA) in Hessen****Vorbemerkung:**

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, Verwaltungsleistungen digital bereitzustellen. Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat für die Umsetzung des Modernisierungsvorhabens das "Einer für Alle"-Prinzip (EfA) und damit eine arbeitsteilige Arbeitsstruktur für die interföderale Zusammenarbeit etabliert.

Das INSM-Behördendigitalometer des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) hatte für das Jahr 2025 prognostiziert, dass Hessen bei bisherigem Tempo bis zum Vollzug der Gesetzesvorgabe noch 15 Jahre bräuchte. Im Vergleich dazu bräuchte Hamburg nur viereinhalb Jahre. Nur Sachsen bräuchte im landesweiten Vergleich mit 16,1 Jahren länger. Die Tatsache, dass das OZG damit erst rund 18 Jahre nach dem eigentlichen Zieldatum in Hessen und Sachsen implementiert werden würde, bezeichnet das Institut als „vollkommen inakzeptable Situation.“ Neben Sachsen sei Hessen das einzige Bundesland gewesen, das in den Jahren 2023 und 2024 kein neues Online-Angebot im ganzen Land verfügbar machen konnte. Auch bei der Verfügbarkeit von OZG-Leistungen sei Hessen mit nur 46 neuen Leistungen im Jahr 2025 auf Platz 6 im landesweiten Vergleich zurückgefallen. Insgesamt stünden in Hessen inzwischen 229 von 575 OZG-Leistungen flächendeckend zur Verfügung.

In einer Antwort auf ein Informationsersuchen im Rahmen der 13. Sitzung des Hauptausschusses des Landtags am 27. August 2025 erklärte Staatsministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus, Hessen habe alle verantworteten EfA-Verfahren bereits realisiert. Somit würden keine EfA-Verfahren mehr selbst erstellt werden und man warte auf Zulieferungen durch andere Länder.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie kann Hessen im landesweiten Vergleich derart zurückfallen, wenn es selbst alle verantworteten EfA-Verfahren bereits realisiert hat?
2. Sind in Hessen derzeit alle OZG-Leistungen, die durch andere Länder zur Verfügung gestellt wurden, auch implementiert worden?
3. Wie viele OZG-Leistungen sind stand jetzt flächendeckend implementiert?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um die Umsetzung der OZG-Leistungen zu beschleunigen?
5. Welche Anreize werden vom Land unterbreitet, damit die Kommunen in Hessen die OZG-Leistungen umsetzen und damit die Leistungen auch für die Bürgerinnen und Bürger nutzbar machen?

6. Wie hoch ist die Umsetzungsquote von OZG-Leitungen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen Hessens? (Bitte nach Landkreisen sowie Städten und Gemeinden aufschlüsseln)

7. Welche OZG-Leistungen werden derzeit in der hessischen Landesverwaltung und die nachgeordneten Behörden vollständig angewendet oder erprobt? (Bitte aufschlüsseln nach Landesbehörden, nachgeordneter Bereich und dem jeweiligen Umsetzungsstand sowie nach vollständig angewendet und erprobt).

Wiesbaden, 5. Februar 2026

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Frömmrich', with a stylized, cursive script.

Jürgen Frömmrich